

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

Die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Sozialblatt für Wilsdruff.

Wanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Brannsdorf, Burghardtswalde, Großsch. Grumbach, Grunz bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalke mit Sandberg, Hühndorf, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lambsdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Mittsch. Kötzschen, Mühlitz, Neutirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Köhrschorf bei Wilsdruff, Kötzsch, Kötzschberg mit Berne, Sacksdorf, Schmiedewalke, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterndorf, Weisdropp, Wildberg.

ersch. wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Fernsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff. Druck und Verlag von Friedrich & Thomas, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Hugo Friedrich, für den Inseratenteil: Curt Thomas, beide in Wilsdruff. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen. Injektionspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Korpuszelle.

No. 71. Dienstag, den 19. Juni 1906. 65. Jahrg.

Mittwoch, den 27. djs. Mts.,
vormittags 10 Uhr
im hiesigen Rathhause, Sitzungszimmer Nr. 32, Eingang Burgstraße, öffentliche
Sitzung des Bezirksausschusses
Die Tagesordnung ist aus dem Anschlag im Hausflur des amts-hauptmannschaft-lichen Dienstgebäudes zu ersehen.
Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, am 15. Juni 1906.

Unter dem Pferdebestande Kat.-Nr. 134 B in Wilsdruff ist die Gehirn-
krankheit ausgebrochen.
Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, am 16. Juni 1906.

Konkursverfahren.
Ueber das Vermögen des Hotelbesizers **Gustav Otto Sieckel** in Wilsdruff
wurde am 15. Juni 1906, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann **Paul Schmidt** in Wilsdruff wird zum Konkursverwalter
ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 20. Juli 1906 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die
Ernennung eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses

Politische Rundschau.
Wilsdruff, 19. Juni 1906.
Deutsches Reich.

Wegen Unterschlagung
Der amtl. Papiere soll nach der „Post“ ein Post-
beamter vom Amt 25 in Berlin in Untersuchung-
genommen worden sein. Der jetzt Inhaftierte soll
ein Anhänger der sozialdemokratischen Partei
sein. Es gelte auch bereits als sicher erwiesen,
dass der Handelnde ein Mitglied der Sozialdemokratie organ-
isationsmäßig sei. Die „Post“ bringt mit dieser
Ankündigung die Tatsachen in Verbindung, daß der „Vor-
wärt“ vor einigen Monaten in der Lage war, allerlei
Verleumdungen über die Entlassung eines Berliner Polizei-
beamten durch Sozialdemokraten in Brüssel zu veröffentlichen.
Die Berichte des Polizeibeamten, die das sozial-
demokratische Blatt publiziert, seien nicht, wie der „Vor-
wärt“ angegeben, von dem Beamten in Brüssel in dem
Vertrauen übergeben worden, sondern nach Berlin
überbracht worden. Sie kamen auch in Berlin an, verschwanden
aber auf geheimnisvollem Wege und tauchten dann
in der Redaktion des „Vorwärts“ auf. — Was hieran
zu tun ist, wird wohl die zu erwartende Gerichtsverhandlung
zeigen.

Eine verbotene
**Berliner Bäcker- und Metzger-
Versammlung.**
Zu großen Menschenansammlungen kam es nach dem
„Tagbl.“ am Freitag abend in Berlin vor den
Kongresspalästen in der alten Jakobstraße, wo laut Plakat
eine Versammlung der Bäcker wieder einmal eine
Ankündigung geben wollte. Der Saal war aber zum Ge-
brauch der zahlreichen „Anhänger“ polizeilich gesperrt,
so daß die Versammlung nicht stattfinden konnte.
Die Berliner Polizei scheint also endlich
den Plakat-Kummel ein Ende machen zu wollen.

**Von einer eigenartigen Folge der hohen
Fleischpreise**
Der lothringischen Grenze wird der „Rhein.-Westf. Ztg.“
berichtet: Jeden Sonntag nachmittag steht man
in den Dörfern von Familien mit Kind und Kegel auf
den Ausschlagstufen nach den französischen Stationen Robbant
zu Fuß zu fahren, um dort ihre Fleischkäufe für
ganze Woche zu machen. Da die Fleischpreise jenseits
der französischen Grenze durchschnittlich um ein Drittel
billiger sind, als in Deutschland, und jede Person, selbst
ein Kind, 4 Pfund Fleischwaren zollfrei einführen darf, so

und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegen-
stände — auf
Mittwoch, den 11. Juli 1906, vormittags 10 Uhr,
— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Sonnabend, den 4. August 1906, vormittags 10 Uhr,
— vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaumt.
Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur
Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu
verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestizze der Sache
und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in An-
spruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 4. Juli 1906 Anzeige zu machen.
Königliches Amtsgericht zu Wilsdruff.

Bekanntmachung.
Mit Genehmigung der Königl. Amtshauptmannschaft Meissen wird die von
Weistropf nach Niederwartha führende Straße
vom 25. Juni bis mit 28. Juni dieses Jahres
wegen Massenschüttung gesperrt.
Der Verkehr wird während dieser Zeit über **Wildberg** verwiesen.
Weistropf. **Ed. Siekmann, Gem.-Vorst.**

Aufgehobene Prüfungen.
Wie aus München gemeldet wird, fällt an allen drei
bayerischen Landesuniversitäten der Prüfungstag für die
Rechtskandidaten aus, und es werden überall neue Prüfungs-
aufgaben gestellt. — Die offiziöse Münchener Korrespondenz
Hoffmann äußert sich dazu wie folgt: Bei der gegenwärtig
im Gange befindlichen schriftlichen Prüfung der Rechts-
kandidaten kam der Inhalt der Aufgabe, die hätte bearbeitet
werden sollen, auf bisher unauferklärte Weise schon vor-
her zur Kenntnis einzelner Prüfungskandidaten. Das
Ministerium erfährt hierdurch und sistierte sofort den Prüfungs-
termin. Es wird nunmehr eine neue Aufgabe gegeben
werden.

Ein Judenmassaker in Bialystok.
Beim Fronleichnamsfeste in Bialystok wurde in eine
Prozession eine Bombe geworfen, durch deren Explosion
mehrere Personen getötet wurden. Ferner wurden auf
eine russisch-orthodoxe Prozession von einem Dache aus
Revolvergeschosse abgegeben und dabei ein Geistlicher verletzt.
Da der Verdacht der Taterschaft auf die Juden fiel,
überfiel die Menge die jüdischen Häuser. Infolgedessen
kam es zu heftigen Krawallen, in deren Verlauf, wie ge-
meldet, Militär eingriff und Salven abgab. Etwa zwei-

hundert Warenlager wurden dabei zerstört. Die Zahl
der Opfer steht noch nicht fest; man schätzt sie auf etwa
30 Tote und einige hundert Verwundete. In einem Teil
der Bevölkerung ist der Glaube verbreitet, daß die Ur-
heberschaft der Unruhen der sogenannten „Schwarzen
Sotnie“ zuzuschreiben sei, daß aber der Verdacht auf die
Juden gelenkt wurde. Demgegenüber verbreitet die
Petersburger Telegraphen-Agentur folgende amtliche Dar-
stellung aus Bialystok: Die Unruhen brachen aus, als
eine orthodoxe und eine katholische Prozession von einem
Balkon durch Juden beschossen wurden. Militär antwortete
mit Schüssen. Die Juden schleuderten auf die flüchtenden
Teilnehmer der Prozession Bomben. Während der ent-
stehenden Panik wurden Kinder niedergedrückt. Ein
katholischer Priester soll getötet sein. Das Postamt und
die Kasse wurden beschossen. Der Postverkehr ist eingestell-

Meuternde russische Soldaten.
Nach einer Lloyddepesche aus Port Said ist der
russische Dampfer „Korea“, von Wladiwostok nach Odessa
bestimmt, in Suez eingeschleppt worden. Die an Bord
befindlichen Truppen sollen dicht vor der Meuterei stehen.

Die Unsicherheit in Warschau.
Am Freitag wurden in Warschau zwei Polizisten
auf der Straße erschossen. In Lgierz überfielen 16 ver-
kleidete Räuber das Postamt und verwundeten drei
Beamte und einen Soldaten. Als Hilfsmannschaften
erschiene, ergriffen die Räuber die Flucht.

Gehaltszulage für Roosevelt.
Präsident Roosevelt, der gegenwärtig ein Jahresgehalt
von 50 000 Dollars bezieht, soll eine Zulage von 25 000
Dollars zur Bestreitung seiner Reisekosten erhalten.
Der Präsident empfing im Weißen Hause eine Anzahl
Zeitungsvertreter und legte ihnen dar, daß 25 000 Dollars
nur gerade die Kosten seiner Reise decken würden. Der
Präsident ist geneigt, auf jeder Reise zwei Detektive, drei
Vertreter der Presseverbände, einen Sekretär und einen
Stenographen mitzunehmen. Ferner ist es althergebrachte
Sitte, daß im Wagen des Präsidenten Vorposten für Be-
suche von Beamten und Zeitungsberichterstattern getroffen
ist. Teilweise werden die Kosten der Reisen des Präsidenten
von Instituten bestritten, die ihn zu Besuchen einladen,
wie beispielsweise das Carnegie-Institut in Pittsburg.
Andere Institute jedoch, die den Besuch des Präsidenten
erbitten, sind nicht in der Lage, die Kosten zu tragen, und
müssen deshalb vorläufig verzichten. Diesem unerfreulichen
Zustand soll die Aufbesserung des Gehalts des Präsidenten
abhelfen.